



Einige Fähnchen an die Wandtafel

Ist eine radikale, linke Position heute möglich?

Radikale Politik heute? Worin könnte die bestehen und woher soll sie kommen?

Franco Cavalli*

Ich möchte eine linke, radikale Position so definieren: eine Position, die das Bestehende nicht nur verbessern will, sondern strukturelle Änderungen anvisiert, die tendenziell eine Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten der Besitzlosen bewirken sollen. Dazu gehört eine entsprechende Praxis, die den Prozess tendenziell beschleunigt. Ich glaube, dass es im heutigen Europa eine solche radikale, linke Position nicht gibt, will man vom Nachplappern alter Dogmas oder vom Aktivismus kleiner agitatorischer Gruppen absehen.

Die historische Niederlage, die der Blitzkrieg des Neoliberalismus den nichtbesitzenden Klassen weltweit zugefügt hat, hat zu der jetzt dominierenden "pensé unique" geführt. Einer relativ kleinen bürgerlichen Schicht, die weltweit dominiert, ist es gelungen, uns weis zu machen, dass es "gar keine andere Welt geben kann". Deswegen werden

alle strukturellen Umwälzungen, auch wenn sie noch so radikal sind, fast als natürliche Ereignisse erlebt, gegen die man vielleicht schimpft, aber nichts Konkretes tun kann.

Was heute auffällt, ist das Fehlen einer strukturierten Antwort der nichtbesitzenden Klassen nach erlittener Niederlage. Meines Erachtens ergeben sich folgende Punkte bzw. Fragestellungen, um eine neue, radikale Politik zu entwickeln:

1 Um den Klassenkampf von unten wieder anzukurbeln, wird die soziale Allianz sich weniger als früher auf das klassische Proletariat abstützen können, sondern vielmehr ein breites Bündnis von Ausgeschlossenen, Teilen der Arbeiterklasse, aufstrebender neuer Schichten und "RadikalerneuererInnen" anvisieren müssen. Die Wiederbelebung der amerikanischen Gewerkschaften ist unter anderem auf TeilzeitarbeiterInnen und "Arbeitslosigkeitsbedrohte" zurückzuführen. In den aufstrebenden neuen Schichten könnte die wissenschaftliche Intelligenz zukünftig eine wichtige Rolle spielen (wie schon Gramsci vorausgesehen hatte), da sie durch die Tendenz zur absoluten Verdinglichung des Profit-

denkens alternative Modelle entwickeln könnte (zum Beispiel Verweigerung von Patentierungen von Genomresultaten). Unter den RadikalerneuererInnen verstehe ich pauschal Bewegungen wie Ökologie, Feminismus usw., die eine "linksaufklärerische Position" einnehmen. Die grosse Herausforderung der Linken ist die Frage, wie diese Akteure zu einem hegemoniefähigen Bündnis zusammengeschmiedet werden können.

2 Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel kann als allgemeines Rezept für den sozialistischen Umbau der Gesellschaft nicht mehr aufrechterhalten werden. Dies ist vor allem eine Folge der Differenzierung und Atomisierung der Produktivkräfte. Bei der heutigen, immer virtuelleren Produktion wird sehr viel Entscheidendes in Strukturen produziert, die sich sinnvollerweise nicht verstaatlichen lassen. Immer wichtiger wird auch der sogenannte "Dritte Sektor", also die Summe aller Non-Profitorganisationen, die vor allem im Sozialbereich zukünftig einen immer grösseren Teil der Arbeitskräfte beschäftigen könnten. Auch dieser

STREITPUNKT: Fähnchen an die Wandtafel

„Dritte Sektor“ ist nicht mit einer statistischen Politik zu führen.

3 Bei der Tendenz zum vermehrten Ausschluss von immer mehr Leuten wird umgekehrt die Notwendigkeit der öffentlichen Prädominanz in der Regulierung von Erziehung, Gesundheit, Wohnung, Fortbildung usw. noch klarer. Hier bietet sich der Linken ein unendliches Feld für radikale Alternativen.

4 Die rasche Informatisierung der Gesellschaft macht andererseits einige „Nationalisierungen“ für viele Leute heute plausibler, als sie es gestern waren: z.B. diejenige der Banken. Dass die Post genauso gut eine Bank führen kann (obwohl sie mit allen Mitteln daran gehindert wird) beweist, dass die sozialen Aufgaben der Finanzierungsinstitute durchaus durch öffentliche Anstalten wahrgenommen werden können.

5 Immer wichtiger wird in dieser Situation die Notwendigkeit, radikale Richtlinien zu entwickeln, damit die Produktion (und damit die gesellschaftliche Entwicklung) innerhalb gesellschaftlich festzulegender Rahmenbedingungen vor sich geht. Typisches Beispiel sind die ökologischen Rahmenbedingungen. Aber nicht nur. Es ist zum Beispiel sehr fraglich, ob bei den Medikamenten-Multis der Markt allein wirklich im besten Sinne „ausgleicht“. Berühmt ist das Beispiel Italiens: Bevor der Staat deutlich eingriff, waren die zehn meistverkauften Medikamente alle weitgehend nutzlose Substanzen. Verkaufserfolg bürgt noch lange nicht für Qualität, geschweige denn für gesellschaftlichen Nutzen.

6 Bei der wahrscheinlich definitiven Tendenz zur drastischen Reduktion der notwendigen Arbeit, muss man die Frage nach der Umverteilung der Arbeit und des Reichtums erneut und radikal stellen. Die Reduktion der Arbeitszeit als klassisches Postulat der Linken muss aufrechterhalten werden. Es müssen jedoch noch andere Aspekte überdacht werden: so zum Beispiel wie man den „Dritten Sektor“ unterstützen kann oder ob irgend eine Form von „versichertem Mindesteinkom-

men“, das von der Linken immer als soziale „Beruhigungsspiel“ abgelehnt wurde, nicht doch diskutiert werden soll. Radikale Linkskreise in Italien und Frankreich sind zur Zeit dabei, dies neu zu überlegen.

7 Eine radikale Position kann die Linke heute nicht mehr im nationalen Rahmen, sondern nur noch auf kontinentaler Ebene entwickeln. Die Globalisierung der Finanzmärkte und die unglaublichen Vermögen der wichtigsten Multis haben eine neue Situation geschaffen, in der die sogenannten Finanzmärkte jede nationale Regierung (abgesehen vielleicht von den USA) in allen wichtigen Fragen in die Knie zwingen können. Die meisten entscheidenden, internen Debatten (z.B. die Restrukturierung des Welfare in Italien) entstanden nicht autonom, sondern wurden von den internationalen Kapitalbesitzern erzwungen. Dadurch ist auch der nichtgeschriebene Pakt, der am Ende des Zweiten Weltkrieges zwischen Kapitalbesitzern und VertreterInnen der Arbeiterklassen eingegangen wurde („ihr bekommt jedes Jahr etwas mehr Geld, dafür stellt ihr unsere Machtstrukturen nicht in Frage“), heute nicht mehr gültig. Die Kapitalbesitzer brauchen diese nationalen „Friedenspläne“ je länger je weniger. Deswegen laufen auch alle Gespräche, die neue, nationale Solidaritätspakte predigen, ins Leere. Nur ein kontinentaler Staat hätte wahrscheinlich die nötige Kraft, um dieser Entwicklung standzuhalten. Das ist auch der Grund, warum die europäischen Rechte (Tories, Gaullisten, Berlusconi, CSU, Blocher, Tito Tettamanti usw.) gegen eine effektive Europäische Union sind. Ihnen gefallen die heute immer schwächer werdenden einzelnen europäischen Staaten besser, da sie leichter deregulieren und profitieren können. Jede neue linke, radikale Position muss dies berücksichtigen.

8 Die Globalisierung und ihre Zwänge engen die demokratischen Räume immer mehr ein. Selbst das Schweizer Bürgertum beginnt die Nerven zu verlieren. Die Selbstkastration unseres Parlamentes mit dem „Haushaltziel 2001“ ist offenkundig ein erster Sieg für den aggressiveren Teil des Bürgertums. Hier

öffnen sich nicht nur grosse Gefahren, sondern auch weite Angriffsflächen für die Linke. Aber auch hier, und nicht nur bei den sozialen Konflikten, sind eher ausserparlamentarische Bewegungen als die einschläfernde Parlamentsmechanik gefragt.

9 Eine Besprechung des grossen Themas Nord/Süd (inklusive Weltbank und FMI) würde den Umfang dieses Beitrages sprengen; und dennoch ist hierfür ein radikaler, linker Diskurs nötiger denn je.

Das Leiden der Unterschichten hat ein Ausmass erreicht, dass zumindest im defensiven Sinn, d.h. beim Neinsagen, eine gewisse Antwort im Sinne eines Klassenkampfes von unten nach oben möglich macht. Radikale Politik kann jedoch niemals defensiv, sondern muss offensiv sein. Hier liegt die grosse Herausforderung für uns. Wir müssen strukturelle Projekte entwerfen, die die Interessen derjenigen Zweidrittel der Gesellschaft wahrnehmen, die in der heutigen Situation entweder nur verlieren oder mindestens kaum etwas zu gewinnen haben. Zudem kann die „mittlere Mittelklasse“ mit aggressiv vorgetragenen, ethischen Diskussionen (z.B. Drogenpolitik, Sterbehilfe usw.) teilweise gewonnen werden. In diesem Sinne erscheint die Wende, die die SP anfangs der 90er-Jahre gemacht hat, sehr produktiv. Die Strategie „in der Regierung sein, aber gleichzeitig auch die zivile Gesellschaft als soziale Opposition zu mobilisieren“, könnte langfristig gesehen für viele linke Bewegungen wegweisend werden.

Schlussfolgerung gibt es keine. Ausser: weiter kämpfen, weiter studieren. Mir kommt dabei jedoch ein Satz von Lenin in den Sinn: „Es gibt nichts Revolutionäreres als die Wahrheit.“

* Franco Cavalli ist SP-Nationalrat und Chefarzt am Ospedale San Giovanni. Den Beitrag von Franco Cavalli entnehmen wir stark gekürzt der SP-„Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur - Rote Revue“ (Nr. 4/97). Diese Ausgabe fragt nach den Möglichkeiten radikaler Politik heute. Weitere Beiträge von Lisa Schmuckli, Urs Marti, Rosmarie Heilmann, Peter Bosshard, Marc Spescha, Sergio Ferrari und Stefano Zappoli. Zu bestellen bei: Rote Revue, SP Schweiz, Postfach, 3001 Bern.